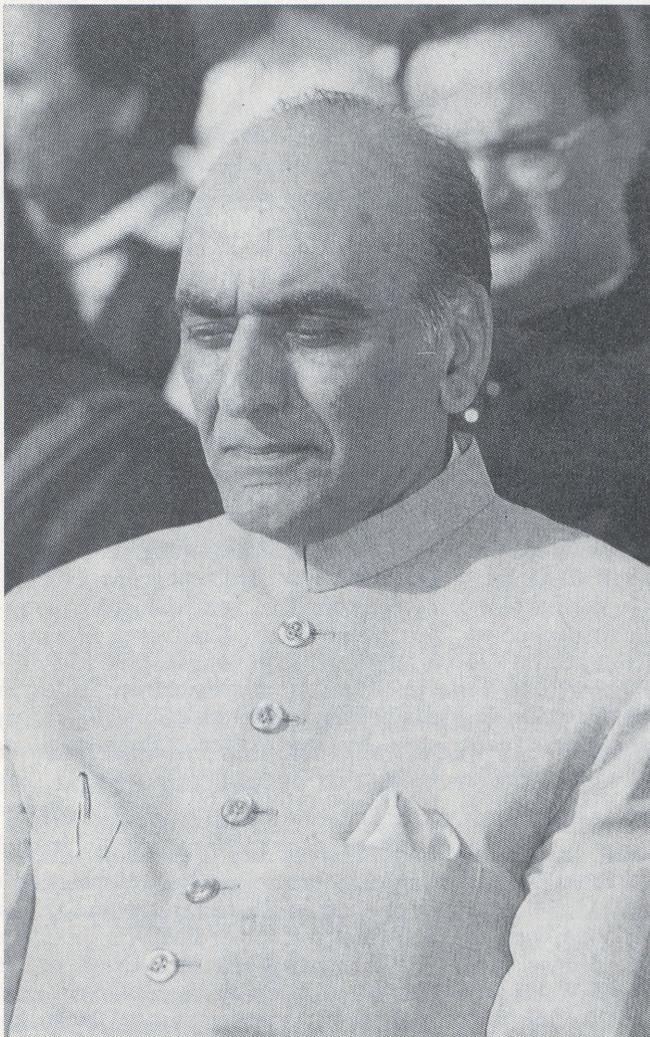


Mit Weltbankrezepten gegen Pakistans Kalaschnikowkultur

- Rückschau auf die Regierungszeit von Moeen Qureshi -

von Jorge Scholz

In Pakistan haben sich seit dem Frühjahr die politischen Ereignisse überschlagen: Nachdem der am 18. April von Staatschef Ghulam Ishaq Khan entlassene Premierminister Nawaz Sharif durch ein revidierendes Urteil des Obersten Gerichtshofes vom 27. Mai zunächst in sein Amt zurückkehren durfte, hat die Armeeführung am 18. Juli mit dem erzwungenen Doppelrücktritt von Präsident und Premier das destabilisierende Dauergerangel der beiden Spitzenpolitiker endgültig beendet. Das 80-tägige Regiment des international angesehenen Finanzexperten Moeen Qureshi, der daraufhin zur Vorbereitung von Neuwahlen am 6. Oktober an die Regierungsspitze berufen wurde, entpuppte sich als radikale Roßkur, die Staat und Gesellschaft Pakistans in den Grundfesten erschütterte und die etablierten Machteliten das Fürchten lehrte.



Obwohl der Blick auf die pakistanische Geschichte zeigt, daß vorzeitige Regierungswechsel zur Normalität der politischen Kultur gehören, markieren die Umstände der Ablösung von Ghulam Ishaq Khan und Nawaz Sharif und die anschließende Berufung des 63-jährigen Ex-Vizepräsidenten der Weltbank, Qureshi, zum Übergangspräsidenten

tausch des politischen Führungspersonals handelt, sondern um einen bemerkenswerten radikalen Kurswechsel auf nahezu allen Feldern der Innenpolitik, läßt sich an der Haltung der Armeekommandeure ablesen. Der erst seit Anfang des Jahres amtierende Generalstabschef Abdul Waheed, der neben Präsident und Premierminister den dritten Pfeiler der

gleich in mehrfacher Hinsicht einen tiefen historischen Einschnitt, der in seiner Wirkung einer Revolution mit noch nicht absehbaren Folgen gleichkommt. Zunächst kann das synchrone Abtreten von Präsident und Premier nur als Kollaps der bisherigen politischen Ordnung in Pakistan gewertet werden, da mit Ishaq Khan und Sharif die beiden einflussreichsten Protagonisten eines von Großgrundbesitzern, Spitzenbürokraten, Armeeführung und zunehmend auch von Industriekapitänen kontrollierten autokratischen Gesellschaftssystems entmachteten wurden. Daß es sich bei der Wachablösung nicht bloß um einen von den etablierten Eliten inszenierten Austausch

sogenannten 'Regierenden Troika' repräsentiert, widerstand im Gegensatz zu einigen Amtsvorgängern der Versuchung, angesichts dieser Gelegenheit selbst nach der Regierungsgewalt zu greifen. Im Gegenteil scheint den vor allem auf innenpolitische Stabilität bedachten Militärs aufgrund der gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Problemen an einer von der Bevölkerung getragenen, demokratisch legitimierten Regierung gelegen zu sein: Erstens könnte ein diktatorisch regiertes Pakistan angesichts der gewandelten geopolitischen Großwetterlage kaum auf nennenswerte Unterstützung aus dem Ausland hoffen, zweitens überfordern die notwendigen gesellschaftlichen, administrativen und ökonomischen Reformen die Kompetenz der Generäle. Folgerichtig unterstützte die Armee die Vorbereitungen möglichst freier und gerechter Wahlen nach Kräften und übte sich über Monate hinweg in der neuen Rolle als neutrale Hüterin demokratischer Spielregeln. Um massiven Betrug wie bei den Parlamentswahlen von 1990 auszuschließen, übernahm die Armee bei der diesjährigen Abstimmung die Aufsicht in die eigenen Hände. Als Garanten für eine größere Glaubwürdigkeit des Ergebnisses waren in jedem der 34.000 Wahlämter Soldaten postiert. Mit 175.000 Uniformierten wurde am 6. Oktober fast die Hälfte der Streitkräfte zum Urnendienst vergattert.

Vor allem aber beweist das von der Armeeführung befürwortete spektakuläre Regierungsintermezzo der Qureshi-Mannschaft, daß die Generalität zu mutigen Experimenten bereit ist. Immerhin hat der Wirtschaftswissenschaftler Moeen Qureshi sein Handwerk in den USA erlernt und absolvierte seine Traumkarriere bei den UN-Finanzinstituten IWF und Weltbank, was aufgrund der weitverbreiteten anti-amerikanischen und anti-westlichen Stimmung im Lande

wie eine Provokation wirken muß. Für den Posten des Informationsministers wurde sogar mit Nisar Memon der Chef von 'IBM Pakistan' verpflichtet. Auch in den anderen Ministerien tummelten sich für zweieinhalb Monate ausgewiesene Fachleute mit besten Verbindungen in Washington und/oder zur internationalen Finanz- und Geschäftswelt: Karrierediplomaten im Ruhestand, Ex-Bürokraten, angesehene Wissenschaftler und erfolgreiche Manager. Dieses Vorzeigeaufgebot prowestlicher Spitzenkräfte ist außenpolitisch vor allem als eine beruhigende Geste an die Adresse der westlichen Gubernationen zu verstehen, die immer energischer ihren Unmut über staatlich verordnete Islamisierungstendenzen und das pakistanische Atomwaffenprogramm artikulieren. Wie die rege Besuchsdiplomatie der Übergangsregierung zeigt, möchte Islamabad insbesondere das abgekühlte Verhältnis zur Supermacht USA verbessern. Das Ausbleiben amerikanischer Waffenlieferungen aufgrund eines vom Kongreß beschlossenen Embargos ist vor allem für die Armeekommandeure ein Alptraum, da nach bisheriger Lesart nur hochwertige Militärtechnologie aus den USA den überlegenen Erzfeind Indien wirksam abzuschrecken vermag.

Doch im Vergleich zu der beeindruckenden Agenda innenpolitischer Reformen wirken die außen- und sicherheitspolitischen Kurskorrekturen allenfalls wie Nebenschauplätze, denn das hier in 80 Tagen absolvierte Pensum des Expertenkabinetts würde auch einer mehrere Jahre amtierenden entscheidungsfreudigen und tatkräftigen Administration zur Ehre gereichen. Zur Bekämpfung nahezu aller wichtigen Probleme wurden drastische Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, die der jetzt gewählten Regierung die einzuschlagende Richtung vorgeben:

Wirtschaftsreformen

Mit höchster Priorität widmete sich die Qureshi-Administration mit drei Zielen einer gründlichen Überholung der Wirtschafts- und Finanzpolitik: Reduzierung des gewaltigen Haushaltsdefizits, Verbesserung der stark negativen Handelsbilanz und Eindämmung der im letzten Jahr bedrohlich angeheizten Inflation. Die leere Staatsschatulle sollen ab sofort neue Einnahmequellen füllen, die vor allem durch die Einführung einer Steuer auf landwirtschaftliche Einkommen die bisher vom Fiskus unbehelligten Großgrundbesitzer zur Kasse bittet. Laut Zielvorgabe soll allein die Besteuerung der etwa 10.000 Großagrarien, die mehr als 24 Hektar Land besitzen, rund eine Milliarde Rupien einbringen (16 Rps = 1 DM). Die Einführung dieser auch für

die Steuergerechtigkeit so bedeutsamen Steuer galt bisher mit dem Hinweis auf die politisch einflußreiche Lobby der sogenannten "Landlords" als nicht realisierbar. Zwar weiß noch niemand, wie der Staat aufgrund der laschen Steuerdisziplin seiner Bürger, denen sich jederzeit die unterbezahlten und bestechlichen Beamten als billigere Alternative anbieten, seinen Obulus eintreiben will; doch die Tatsache, daß Benazir Bhutto und Nawaz Sharif die neue Landwirtschaftssteuer begrüßen, läßt für das Gelingen dieses Reformpunktes hoffen. Auch die drastische Erhöhung der Benzin-, Strom-, und Gaspreise um zehn bis zwanzig Prozent dient dem Zweck, die staatlichen Finanzen aufzubessern. Auch wenn diese Maßnahme tatsächlich in erster Linie die relativ Wohlhabenden trifft, wie die Befürworter behaupten, warnen die Kritiker vor den indirekten Folgen: Steigende Produktions- und Transportkosten würden sich schon bald in einem allgemeinen Inflationsschub bemerkbar machen, der auch die Masse der Armen hart treffe, hieß es in Pressekommentaren. In den überwiegend pessimistischen Analysen wurde fest damit gerechnet, daß die Inflationsrate von gegenwärtig 15 bis 18 Prozent bis zum Jahresende auf bis zu 30 Prozent schnellte. Die Mehrheit der Bevölkerung muß sich demnach auf einen sinkenden Lebensstandard einrichten. Qureshi behauptete dagegen in einer Fernsehansprache an die Nation, daß der künstlich erzeugte einmalige Preissprung das geeignete Rezept sei, um auf lange Sicht die Inflation auf ein erträgliches Maß eindämmen zu können. Ein spontaner landesweiter Streik demonstrierte, daß da viele anders denken. Für das herbeigesehnte Wunder einer sinkenden Inflation soll eine weitere Drehung an der Zinsschraube sorgen. Die jüngste zweiprozentige Erhöhung treibt den Zinssatz auf eine Marke von 22 Prozent. Da sich die Sharif-Regierung eifrig der Notenpresse bedient hatte, um die wachsenden Staatsausgaben zu finanzieren, will man nun durch die Hochzinspolitik den inflationsfördernden Konsum bremsen und Sparreize schaffen, um einen Teil der kursierenden Geldmenge wieder abschöpfen zu können. Um die Fiskalpolitik dem Mißbrauch durch zukünftige Regierungen nachhaltig zu entziehen, soll die 'State Bank of Pakistan' in eine unabhängige Zentralbank umgewandelt werden.

Erstmals mußte auch die aufgeblähte Bürokratie mit dem Rotstift Bekanntheit machen. So wird die Zahl der Ministerposten, die Nawaz Sharif mit zuletzt 64 auf ein neues Rekordniveau geschraubt hatte, erheblich zusammengestrichen. Auch die Zahl der diplomatischen Vertretungen im Ausland und das Heer der größtenteils unterbeschäftigten

Beamten soll zusammenschmelzen. 3.000 Staatsdiener mußten bereits ihren Hut nehmen. Die Politik der Privatisierung kostspieliger und ineffizienter Staatsbetriebe, die Sharif halbwegs erfolgreich startete, wurde mit neuem Schwung fortgesetzt. Dieses radikale Sparprogramm wird jedoch zahllose Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit treiben. Schon jetzt gibt es in Pakistan nach Angaben von Mahbulul Haq, einem der Übergangsminister im Qureshi-Team, fünf Millionen Arbeitslose, was einer Quote von 16 Prozent entspricht. Trotz dieser alarmierenden Situation fehlte in der oben erwähnten Ansprache des Premiers jeder Hinweis auf dieses Problem. Kritiker vermißten in dem Reformpaket ein Programm zur Schaffung neuer Jobs und zur sozialen Absicherung der Entlassenen. Kein Wunder: Die Reformer haben alles unterlassen, was zu neuen Regierungsausgaben führt. Wachsendes Elend vor allem in den Großstädten scheint damit vorprogrammiert. Dies war in dieser Form nur durchsetzbar, weil die Übergangsregierung die Stimmung in der Bevölkerung ungestraft außer Acht lassen durfte. Ob das Wahlvolk jedoch auch unter der neuen Regierung bereit ist, die abverlangten Opfer ohne entsprechende Kompensationen hinzunehmen, bleibt mehr als fraglich.

Um die klaffende Lücke in der Handelsbilanz zu schließen, wurde die Rupie um zehn Prozent abgewertet. Da so die pakistanischen Exporte auf dem Weltmarkt billiger werden, hofft man nun auf größere Nachfrage aus dem Ausland. Gleichzeitig verteuern sich durch die Abwertung die in Devisen zu bezahlenden Importe, was das Kaufinteresse an eingeführten Produkten dämpfen und den Abfluß dringend benötigten Kapitals reduzieren soll. Um zu verhindern, daß die positiven Effekte durch steigende Produktionskosten aufgrund sich ebenfalls verteuender Rohstoffimporte wieder verpuffen, wurden die Zölle auf von wichtigen Industriebranchen benötigten Einfuhren um die Hälfte gesenkt. Der Griff in die währungspolitische Trickkiste könnte dennoch gesamtwirtschaftlich betrachtet ein Nullsummenspiel bleiben, da die mit einer abgewerteten Rupie provisorisch gestopfte Handelsbilanzlücke an anderer Stelle neue gefährliche Löcher reißt: Kritiker weisen daraufhin, daß es jetzt durch den ungünstigeren Wechselkurs schwerer geworden ist, Zins und Tilgung für die in Devisen zu begleichenden pakistanischen Auslandsschulden in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar aufzubringen. Qureshi hat dieses Dilemma offensichtlich bewußt in Kauf genommen: Die in der Wirtschaftspolitik gesetzten Prioritäten lassen darauf schließen, daß die kurzfristige Verbesserung einiger zentraler Indikatoren, die

als Bemessungsgrundlage für die Kreditwürdigkeit eines Landes dienen, absoluten Vorrang hatte.

Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität

Weniger umstritten, aber ebenso brisant, ist eine spektakuläre Initiative, die die Medien wochenlang in Atem hielt. Dabei geht es darum, dem weitverbreiteten Mißbrauch des pakistanischen Bankensystems durch die Eliten des Landes ein Ende zu setzen. Hintergrund: Seit Jahrzehnten fließen von den staatlichen Banken zinslose Kredite in

astronomischer Höhe in die Taschen privilegierter Politiker und Industrieller, die in der Regel nicht zurückbezahlt wurden. Nach Angaben des Vizepräsidenten des pakistanischen Bankenrats, Mohammed Rafiq, beliefen sich die Gesamtschulden der Gläubiger zuletzt auf geschätzte 95 Milliarden Rupien, was in etwa dem gegenwärtigen Defizit im Staatshaushalt entspricht. Das systematische Ausplündern öffentlicher Geldinstitute wie der 'Muslim Commercial Bank', der 'Habib Bank' und staatlicher Entwicklungsfonds durch die Mächtigen nahm solche Dimensionen an, daß Insider den baldigen Kollaps des gesamten

Bankensystems Pakistans prognostizierten. Ein Weltbankbericht rechnete schon 1988 vor, daß 25 bis 30 Prozent des gesamten zur Verfügung stehenden Kreditvolumens aller pakistanischen Banken auf Nimmerwiedersehen verschwindet. Diese Quote dürfte inzwischen eher noch höher liegen. Für Qureshi und seine Mannschaft Grund genug, diesem Übel zu Leibe zu rücken: Zunächst wurde der schockierten Öffentlichkeit am 27. August eine 1.300 Seiten starke Dokumentation präsentiert, die die 5.000 größten Schuldner namentlich auflistet. Praktisch alle prominenten Familien - Politiker, Industrielle, Großgrundbesitzer und Geschäftsleute - haben sich demnach in mehr oder minderem Umfang an staatlichen Geldern bereichert. 245 weitere Personen werden beschuldigt, daß sie "legale" Abschreibungen von zusammengerechnet mehr als 1,5 Milliarden Rupien durch Beziehungen und Korruption eingefädelt haben. Die Publizierung der Namen der Sünder bezweckt, daß die Delinquenten unter dem Druck der öffentlichen Meinung und dem drohenden Verlust ihres Ansehens doch noch ihre Schulden begleichen. Durch ein listiges Junktim gerieten vor allem die Politiker unter den Kreditbetrügern in die Defensive: Laut einem Dekret der Übergangsregierung durfte niemand als Kandidat an den Oktoberwahlen teilnehmen, der seine Schulden nicht bis zum 13. September zurückgezahlt hatte. Prompt überwies Benazir Bhutto eine Million Rupien für einen der PPP-Parteizeitung 'Musawaat' gewährten Kredit; Kontrahent Nawaz Sharif mußte sich die Wahrung seiner Comeback-Chancen sogar 75 Millionen Rupien kosten lassen. Doch mit dieser Summe belegt der Ex-Regierungschef in einer von der englischsprachigen Tageszeitung 'Dawn' veröffentlichten Top-Ten-Liste der größten Bösewichter unter den Politikern nur den vorletzten Platz. Der Spitzenreiter Islamuddin Sheikh, ein ehemaliger Produktionsminister, erhielt demnach eine Zahlungsaufforderung in Höhe von 531 Millionen Rupien (rund 33,2 Mio. DM). Aus der vorliegenden Dokumentation geht jedoch hervor, daß der Löwenanteil der geplatzen Kredite auf die Konten von Großindustriellen geflossen ist. So konnten sich allein die Brüder Aftab, Gulzar und Munir Ahmed, denen eine große Spinnereikette gehört, mehr als 2,3 Milliarden Rupien ergaunern (rund 144 Mio. DM). Natürlich wußten auch frühere Regierungen, welchen Schäden der chronische Kreditmißbrauch und die kläglichen Rückzahlungsquoten auf die Dauer anrichten. Als sich diese Rate im vergangenen Jahr noch einmal halbierte, berief Nawaz Sharif ein "Spezialkomitee", das dem Übel auf den Grund gehen sollte. Zum



Viele Pakistani haben versucht, sich finanzielle Vorteile zu verschaffen. (Foto: Jorge Scholz)

Vorsitzenden wurde mit Rafiq Habib ein führender Industrieller Pakistans ernannt, der, wie man heute weiß, mit Kreditschulden in Höhe von 475 Millionen Rupien selbst zu den Profiteuren dieser kriminellen Machenschaften gehörte. Zu den besonders dreisten Deals unter den jetzt aufgedeckten Wirtschaftsverbrechen der letzten Jahre gehört zweifellos der Fall von Mian Mohammad Mansha: Mansha, einer der Finanzmagnaten des Landes, ließ sich vor einigen Jahren von der 'Muslim Commercial Bank' sieben Millionen Rupien, die er nie zurückzahlte. Als dieses Geldinstitut 1991 als erste pakistanische Bank privatisiert wurde, bekam Mansha vom zuständigen Ministerium zum Schleuderpreis den Zuschlag, obwohl ein Gesetz den Verkauf an Schuldner ausdrücklich untersagte. Bereits diese wenigen Beispiele zeigen, daß Korruption, Betrug, und Kungelei in Wirtschaft und Politik die Norm sind. Es sei dahingestellt, ob die neue Regierung - selbst wenn der Wille vorhanden sein sollte - angesichts der Dimensionen der Aufgabe neue Maßstäbe setzen kann.

Kampf gegen die Drogenmafia

Die größte Bedrohung für die pakistanische Gesellschaft geht nach Meinung vieler Beobachter von einem Erbe des Afghanistan-Krieges aus: Die Drogenmafia, die sich mittlerweile selbst in den zentralen Institutionen von Legislative, Judikative und Exekutive festzusetzen droht, könnte sich schon bald als unangreifbare Größe etablieren. Seitdem die afghanischen Mujahedin entdeckten, daß sich die für den Kauf von Waffen dringend benötigten Devisen durch die Produktion von Opium und Heroin schnell und bequem erwirtschaften lassen, erlebte auch das benachbarte Pakistan eine beispiellose Karriere vom bloßen Transitland zum weltweit größten Produzenten und Exporteur harter Drogen (siehe auch 'Südasiens', 4/93).

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Umstand, daß sich die bei Ausbruch des Krieges nach Pakistan geflüchteten 3,5 Millionen Afghanen rasch als nützliche Hilfe für den Drogen- und Waffenhandel des Widerstandes erwiesen. Die vor allem auf ihre geopolitischen Interessen fixierten USA drückten lange Jahre beide Augen zu. Zudem genießen die beiderseits der afghanisch-pakistanischen Grenze siedelnden Völker der Paschtunen und Balutschen in weiten Gebieten der pakistanischen Provinzen NWFP und Baluchistan - in den sogenannten "Tribal Areas" - Autonomiestatus, was einerseits den kleinen Grenzverkehr für Schmuggler und Kurier zum risikolosen Unterfangen macht, andererseits dort residierende Drogenbarone dem Zugriff durch pakistanische Behörden entzieht. Da diese Stammesgebiete eigene Abgeordnete in die Nationalversammlung und in die Provinzparlamente entsenden dürfen, nutzten viele der durch Drogen- und Waffenhandel reich gewordenen Clanchefs ihre wachsende lokale Machtbasis, um diese mit Einfluß, Prestige und Immunität ausgestatteten Parlamentariersitze einzunehmen. Nach Auskunft internationaler Drogenfahnder werden alle ehemaligen Inhaber der acht für die "Tribal Areas" reservierten Sitze im aufgelösten Bundesparlament als Hintermänner der weltweit operierenden pakistanischen Drogenmafia in den Fahndungsakten geführt. Seitdem mit dem Ende des Kalten Krieges für die USA das strategische Interesse an Pakistan nachläßt, belastet diese offensichtliche Verquickung von Politik und organisiertem Verbrechen im wichtigsten Exportland tödlicher Drogen zunehmend die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen. Washington verlangt ein jüngster Zeit wiederholt die Auslieferung einiger prominenter Bosse, was Islamabad bisher kategorisch ablehnte. Doch inzwischen überschwemmt billiges Heroin auch den pakistanischen Binnenmarkt.

Mindestens 2,5 Millionen Drogenkonsumenten stellen Staat und betroffene Familien schon heute vor schier unlösbare Aufgaben. Moeen Qureshi versäumte auch hier nicht, um mit einem revolutionären Anti-Drogen-Programm durch-zugreifen: Der Premier auf Zeit nutzte seine Machtfülle, um durch Erlaß einiger Dekrete geltende Gesetze zu verschärfen. Ein Zusatzartikel im 'Dangerous Drug Act' erlaubt nun den Einzug des Vermögens verurteilter Drogenhändler, Ergänzungen im 'Customs Act' führen für Drogendelikte die Todesstrafe ein und eine neue Vorschrift dehnt den Geltungsbereich der Anti-Drogen-Gesetze auf die autonomen Stammesgebiete aus. Eine eigens gegründete 'Anti-Narcotics Task Force' der Armee unter der Führung eines Generals bereitet gegenwärtig eine großangelegte Offensive gegen die schwerbewaffneten Kartelle vor. Zahlreiche Haftbefehle gegen bekannte Drogenbarone wurden ausgestellt; einige der wichtigsten Drahtzieher wanderten bereits hinter Gitter. Ein zu diesem Zweck berufener Regierungsbeauftragter, Tahir Sarfraz, der die verschiedenen Aktionen im Krieg gegen die Mafia koordiniert, legte der Presse eine Liste von 18 verurteilten Dealern vor, die an die USA ausgeliefert werden sollen. Die Übrigen, die sich noch auf freiem Fuß befinden, wurden kurzerhand für eine Kandidatur bei den Wahlen gesperrt. Versuche einiger betroffener Politiker, stattdessen Verwandte für die Parlamentssitze zu nominieren, konnten au-

genscheinlich recht effizient vereitelt werden. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß auch in den soeben gewählten Volksvertretungen etliche Delegierte sitzen, deren Wahlkampf mit Drogengeldern finanziert wurde. Doch wie für das gesamte Reformpaket der Qureshi-Administration gilt auch für die jetzt eingeleiteten Maßnahmen gegen die Drogenwirtschaft, daß der dauerhafte Erfolg allein von der Politik der neuen Regierung abhängt. Ein Kurs, der sich konsequent an den Zielvorgaben orientiert, provoziert zwangsläufig den massiven Widerstand gleich mehrerer Flügel des traditionellen Establishments. Schon bald wird sich zeigen, ob die nach dem Intermezzo der Idealisten jetzt wieder tonangebenden Pragmatiker dieses Risiko eingehen. Immerhin scheint die Armee, die mächtigste Institution im Lande, dazu bereit zu sein, solange sie nicht selbst unter Reformdruck gerät: Bezeichnenderweise fehlt in der Bilanz Qureshis ein Sparprogramm zur Begrenzung der Militärausgaben, obwohl der Posten "Verteidigung" etwa die Hälfte des Staatshaushalts verschlingt. Für Sozialleistungen werden dagegen auch im nächsten Budget kaum mehr als drei Prozent der Mittel übrig bleiben. Eine Robkur nach Qureshis Rezepten wird die Nöte der Armen kaum lindern.



**südasiens-
informationen**

**Deutsche Interessen
in
Südasiens (I)**

Heft Nr. 3/93

aus dem Inhalt:

- * Konturen deutscher Außenpolitik
- * Deutsche Beziehungen zu Vietnam, Burma und Indonesien
- * Südasiens: Das Wachstumszentrum der Weltwirtschaft?
- * Europa und Südasiens
- * Kambodscha: UN-Friedensmission
- * Interview: Polizeidirektor über Bundesgrenzschutz-Einsatz in Kambodscha

außerdem:

- Menschenrechtskonferenz in Wien
- Debatte: Menschenrechte und UN-Intervention - Gerechtfertigter Krieg?

Schwerpunkt des nächsten Heftes:
Deutsche Interessen in Südasiens II

erscheinen vierteljährlich
Einzelheft: 72 S.
Preis: DM 7,-
Doppelheft: 96 S.
Preis: DM 10,-
(zzgl. Porto)

Jahresabonnement:
DM 28,- für Einzelpersonen
DM 56,- für Institutionen

erhältlich bei:
**Südasiens-
Informationsstelle**
Josephinenstr. 71
D-44807 Bochum
Tel.: 0234/50 27 48
Fax: 0234/50 27 90

E-Mailing:
Geonet GEOD:SEAINFO

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302491
Post giro Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1748-480